

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Einzige Tageszeitung
deutscher Sprache in Ostasien

德華日報
Eingetragen als Zeitung
auf dem Chines. Postamt.

Motto:

Ohne Rücksicht auf Parteien
Treu der alten Heimat und der neuen.

3. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 18. Oktober 1932.

Nummer 627

Der Reichskanzler spricht in Paderborn.

Paderborn, 16. Oktober (T. O. A.) Vor den Industriellen von Westfalen und Hannover ergänzte der Reichskanzler v. Papen seine letzte Münchener Rede, welche besonders der Politik gewidmet war, durch eine Rede, mit der er die Grundsätze der Wirtschaftspolitik des Reiches verteidigte, die auf konservativem Geiste beruhe. Diesen konservativen Geist bezeichnete v. Papen als „geboren aus dem Glauben an ewige göttliche Gesetze, welche die Welt und das Menschengeschlecht und auch die Familie der Nationen und Staaten lenken.“ Die Regierung ist sich tief ihrer Verantwortung für das Geschick der grossen deutschen Nation bewusst und weiss, was sie zu leisten hat, wenn sie das Volk mit seiner grossen Arbeitslosenzahl wieder durch einen Winter bringen soll. Ihre Wirtschaftspolitik sieht vor allem Brot und Arbeit vor und bereitet den Weg für einen neuen Geschäftsaufschwung.

Bezgl. der Anstrengungen für die Rüstungsfreiheit, sagte der Reichskanzler, dass es nötig gewesen sei, einmal mit der schlaffen Duldung gegenüber dem Gegebenen aufzuräumen. Er glaubt, dass jetzt der Stellungskrieg überwunden ist und Deutschland wieder in den offenen Feldkrieg eingetreten ist. „Der Augenblick, den wir gewählt haben war richtig. Das Ende der Wirtschaftskrise mit ihren Riesenausmassen ist jetzt deutlich am Horizont zu sehen. Die Krise kann aber nicht ohne unser Zutun überwunden werden. Wir müssen kühn und schnell handeln. (Rest nicht zu entziffern.)

Berlin, den 17. Oktober (Havas) Gestern früh hielt der Reichskanzler von Papen vor der Bauernschaft von Westfalen eine Rede, in der er eingangs das konservative Prinzip verherrlichte und sagte: „Konservativ sein heisst glauben an die göttlichen und ewigen Gesetze, die den Lauf der Welt und die Geschicke der Menschheit leiten. Es heisst Anhänglichkeit und Liebe für die Traditionen von Land, Volk und Familie.“

Später verteidigte der Reichskanzler die wirtschaftliche und soziale Politik seines Kabinetts und stellte fest, dass „wir keine Geschenke an die Unternehmer machen, sondern vor allem wünschen, dass neue Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.“

Nachdem der Kanzler betont hatte, dass Deutschland nicht auf eine Aufrüstung für sich selber hinausgehe, sondern nur wolle, dass die Abrüstung Europas und der ganzen Welt verwirklicht werde, sagte er: „Wir können dieses Ziel nur durch die grösstmögliche nationale Einigkeit erreichen.“

Auf die Stellungnahme ausländischer Kreise zu seiner Rede in München eingehend, rief er: „Es würde sehr nützlich für sie sein, wenn sie lernen würden, dass es ein deutsches Memel und deutsche Alpen gibt.“

Nachdem er die Auflösung des Reichstages damit begründet hatte, dass er sagte, sie sei „nötig gewesen, um die Periode der versteckten Verfaulung schnell zu beenden“, und weiter sich gegen die marxistische Lehre ausgesprochen hatte, endete der Kanzler seine Rede damit, dass er betonte, „nur in dem Glauben an das deutsche Volk und unsere deutschen Rechte könne eine politische Auffassung dieser harten Zeiten ihre Begründung finden.“

„Alle unsere Kraft, unsere Gedanken, unsere Handlungen und Gebete sollen mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg an einem neuen Reiche arbeiten.“

Ueber die wirtschaftliche Lage Deutschlands und im Eingehen auf die Einfuhr-Quoten sagte der deutsche Reichskanzler, dass sich dieser Politik Schwierigkeiten entgegenstellen. Sie werden aber beseitigt werden, sobald erst die fremden Mächte einsehen, dass unsere Einfuhrbeschränkungen sich nicht gegen sie richten, sondern dass sie lediglich das Ziel haben, Deutschlands Landwirtschaft zu retten.

Ferner sprach der Kanzler über die deutsche Auslandsverschuldung und machte bei dieser Gelegenheit die bedeutsame Erklärung: „Auf der Weltwirtschaftskonferenz werden wir versuchen unseren Gläubigern klar zu machen, dass ein Schuldner seine Schulden nur durch Warenlieferung abtragen kann. Nur unter dieser Bedingung können unsere Gläubiger erhoffen, dass wir unsere Schulden bezahlen werden. Sie werden ihre Grenzen für unsere Waren öffnen müssen, wenn sie von uns Zahlung zu erhalten wünschen.“

Schliesslich verkündete der Kanzler unter Bezugnahme auf eine rein politische Frage den Grundsatz: „Europa wird niemals wieder den Frieden erringen, wenn sich nicht Deutschland derselben wesentlichen Rechte erfreut, die auch die anderen Nationen besitzen.“

Rosenberg antwortet Massigli.

Genf, 16. Oktober (T.O.A.) Der deutsche Vertreter von Rosenberg gab dem Franzosen Massigli auf dessen Behauptungen bezgl. der deutschen Polizei eine sehr scharfe Antwort bei einer Versammlung der internationalen Presse am Sonnabend abend. Er meinte, es sei ein seltsamer Mut solche Anklagen in einem Augenblick, vorzubringen, wo Deutschland auf der Konferenz nicht vertreten sei. Von den insgesamt 140 000 Polizisten sind, wie von Rosenberg sagte, 35 000 sogenannte städtische Polizisten, beauftragt mit der Regelung des Strassenverkehrs und ähnlichen Aufgaben. 18 000 Polizisten sind für die Kirchen; so bleiben nur noch 87 000 Mann, die aber auch nicht in eine Organisation zusammengefasst sind, sondern sich auf nicht weniger als 17 Staaten verteilen. Das Polizeiwesen ist nämlich nicht Sache des Reiches sondern unterliegt den Länderregierungen. Von Rosenberg machte den Gedanken lächerlich, dass die Polizei einen militärischen Wert habe. Sie besitze nämlich nicht eine einzige schwere Waffe, keine Minenwerfer und keine Geschütze. Die Zahl der in ihrem Besitz befindlichen Maschinengewehre sei von der internationalen Kontrollkommission festgelegt worden. Und was Panzerwagen angeht, so habe die Polizei nur geschützte Automobile, die aber nicht die entfernteste Ähnlichkeit mit Tanks haben. Er stellte den Verdacht der französischen Regierung über den Militärwert der deutschen Polizisten dem dauernd gepredigten französischen Gedanken der Ausbildung der Jugend für die Armee — diese aber nach rein militärischen Gesichtspunkten — gegenüber. Die gelegentlichen Übungen der Polizei seien notwendig, um sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung einsetzen zu können. Die Polizei sei in den vergangenen zwölf Jahren der deutschen Geschichte sehr häufig dafür eingesetzt worden.

Zum Schluss bemerkte von Rosenberg, das alles sei ja doch nur eine Kleinigkeit gegenüber den ernstesten Fragen, die in Genf zur Entscheidung stehen. Dabei handele es sich nicht um 140 000 Polizisten, sondern da ginge es um Abrüstung, um Millionen von Soldaten und die grössten Vorräte an Kriegsmaterial, welche die Welt jemals gesehen habe.

Sozialdemokraten schiessen in Wien auf Nationalsozialisten.

Wien, den 17. Oktober (Havas) Zu einem sehr ernstesten Zusammenstosse kam es heute in Simmering, einer Vorstadt Wiens, zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Die Nationalsozialisten marschierten an dem Gebäude des Zentralbüros des Sozialdemokraten vorbei, als von dort plötzlich einige Revolverschüsse auf sie abgegeben wurden. Dabei wurden einige Personen, unter ihnen auch ein Polizeioffizier, getötet. Nationalsozialisten und Sozialdemokraten geben sich gegenseitig die Schuld an dem Vorfall. Die Polizei nahm 70 Festnahmen vor, hauptsächlich unter den Sozialdemokraten, deren Zentralbüro sie sofort besetzte und jedermann den Eingang verweigerte. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

Schwedische Sozialdemokraten schneiden Prinz Gustav Adolf, weil er beim Stahlhelmtag in Berlin war.

Stockholm, den 17. Oktober (Havas) Die sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtrates in Stockholm weigerten sich an den Empfangsfeierlichkeiten für den Prinzen Gustav Adolf teilzunehmen, der nach seiner Vermählung mit Prinzessin Sybille von Koburg heimkehrt. Als Grund wird angegeben, dass der Prinz und die Prinzessin in Berlin der Stahlhelm-Parade beigewohnt hätten.

Poincaré in den Senat gewählt.

Paris, den 17. Oktober (Havas) Bei den Wahlen zum Senat, die jetzt in Frankreich stattfinden, ist Poincaré für das Departement Maas und Paul Boncour für die Departements Loire und Chere mit grosser Mehrheit wiedergewählt worden. Herr Saint, der französische General-Resident in Marokko, ist für das Departement Ober-Garonne gewählt worden.

Die Wahl des Generalsekretärs verschoben.

Genf, 16. Oktober (T. O. A.) Spät am Sonnabend abend sass noch der Völkerbundsrat zusammen, um einen Nachfolger für Sir Eric Drummond als Generalsekretär zu wählen. Ueberraschenderweise vertagte er sich aber, ohne die Ernennung ausgesprochen zu haben, die nun wahrscheinlich am Montag erfolgen wird.

Die Vertreter aller Mitgliedermächte jedoch sprachen ihre Bereitwilligkeit aus, im Prinzip sich mit der Wahl des Franzosen Avenol einverstanden zu erklären, der gegenwärtig die Geschäfte des Generalsekretärs führt. Sir Eric wird noch bis zum Juli 1933 im Amte bleiben.

Avenol ist gewählt.

Herriot beglückwünscht Berenger zu seinem Geschick.

Genf, den 17. Oktober (Havas) Herriot übermittelte dem Führer der französischen Abordnung beim Völkerbunde Berenger seinen Glückwunsch für die Geschicklichkeit mit der er die Schwierigkeiten geblättert habe, die sich infolge der Neubildung des Generalsekretariates des Völkerbundes ergeben hatten, und die zur Wahl von Avenol als Generalsekretär des Völkerbundes führte.

Vor einer Parlamentsauflösung in Belgien?

Brüssel, 16. Oktober (T. O. A.) Die liberalen Kabinettsmitglieder beschlossen nach einer langen Sitzung am vergangenen Sonntag, dass die Gemeindevahlen, die Fortsetzung des gegenwärtigen Kurses gefährden und wollen sich am Montag an den Erstenminister Renkin wenden mit der Bitte das Parlament sofort aufzulösen. Sie sind ferner ganz entschieden gegen die Politik der Einfuhrquoten und haben die grössten Befürchtungen wegen des Einflusses der Wahl auf die finanziellen Massnahmen, die vor der Türe stehen sollen.

Noch keine Einigung über den Pakt mit Russland in Rumänien.

Titulescu geht vielleicht wieder nach London.

Bukarest, 16. Oktober (T. O. A.) Der Streit zwischen Titulescu und dem Erstenminister Vayda, der sich um die Frage des Nichtangriffspaktes mit Russland dreht, scheint seiner Lösung noch nicht nahe zu sein. In weiten Kreisen ist man der Ansicht, dass, wenn es Titulescu nicht gelingen sollte, Vayda zu überwinden, er wahrscheinlich in den nächsten Tagen auf seinen Gesandtenposten nach London zurückkehren werde. Dadurch werde der Weg freigemacht werden zu einer tragbaren Grundlage für die Verständigung mit Sowjetrussland. Die halbamtliche Agentur bestreitet alle Gerüchte von einer bevorstehenden Kabinettskrise.

Russland hat den Frieden erhalten.

Moskau, 16. Oktober (Reuter). In einem Leitartikel in der „Istwestije“ heisst es, dass die Sowjetregierung während der schwersten Spannung im Fernen Osten mit eiserner Ruhe eine Politik des Friedens durchgeführt habe und erreicht habe, dass Finnland, Lettland und Polen Nicht-Angriffspakte mit Russland abgeschlossen haben. Diese Politik hat auch den Elementen in Frankreich wieder Mut gemacht, welche trotz der Russenhetze dort der Sowjetpolitik auf halbem Wege entgegengekommen sind.

Japanische Zeitung hetzt gegen Russland.

Harbin, 16. Oktober (Reuter). Die japanische Zeitung „Harbin Times“ stellt ausdrücklich fest, dass jede Abteilung der Freiwilligen im Westbezirke mit russischen Maschinengewehren ausgerüstet ist. Da die gesamten Munitionsfabriken der UdSSR im Besitze der Regierung sind, wodurch ein Verkauf auf Seitenwegen und durch Schmuggler unmöglich ist, meint die Zeitung, dass die Munition mit Wissen der UdSSR-Regierung gestellt wurde und sieht darin eine Verletzung des Völkerrechtes, da es nicht angängig ist, sich in die inneren Angelegenheiten einer anderen Macht einzumischen, und ferner eine klare Bekundung feindseliger Gesinnung.

Der Generalkonsul Sowjetrusslands Slavutsky bestritt in einer Unterhaltung mit der „Harbin Times“ ganz ausdrücklich die Behauptungen der Presse, dass die Sowjetrussen im Westen der Mandschuguo gegenüber nicht loyal seien.

Das japanische Auswärtige Amt führt seine Politik durch.

Tokio, den 17. Oktober (Nippon Dempo) Man kann die Atmosphäre in Europa betreffs des mandschurischen Streites nicht als vorteilhaft für Japan auffassen, trotzdem aber ist das Auswärtige Amt bezüglich der mandschurischen Politik entschlossen, auf Grund der schon festgelegten gerechten und unparteiischen Politik seinen Weg vorwärts zu gehen und keine geheimen Schritte gegen irgend eine Macht zu unternehmen. „Kürze und Genauigkeit“ ist sein Motto dabei. Damit sind auch stillschweigend die Gerüchte von einem japanisch-französischen Bündnisse widerlegt. Das Auswärtige Amt will den Völkerbund er-suchen sich mit der mandschurischen Frage nicht abzugeben, sondern sie Japan, China und der Mandschuguo zu überlassen, in dem Vertrauen, dass sie das Problem allein lösen können, wenn der Völkerbund mit europäischen Fragen stark beschäftigt ist.